

Predöhl, Andreas

Article — Digitized Version

Wandlungen der Weltwirtschaft im zwanzigsten Jahrhundert

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Predöhl, Andreas (1958) : Wandlungen der Weltwirtschaft im zwanzigsten Jahrhundert, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 10, pp. 572-578

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132706>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Ende der Expansion bedeutet keineswegs einen Stillstand der Entwicklung. Im Gegenteil, es setzt nun eine noch stärkere intensive Entwicklung ein, die auf gegebenem Boden aus den menschengefüllten Räumen heraus neue Industrien entstehen läßt. Das zeigt sich in der starken Weiterentwicklung des amerikanischen Industriekörpers, dessen Produktionszahlen sich während des zweiten Weltkrieges auf vielen Gebieten mehr als verdoppelt haben und dem viele völlig neue Industrien zugewachsen sind. Es zeigt sich vor allem aber auch in der starken Regenerationskraft der europäischen Industrie nach beiden Weltkriegen. Das stürmische Wiederhineinwachsen der deutschen Industrie in die alte Kernstellung inmitten des europäischen Gravitationsfeldes ist ihr sichtbarer Ausdruck. Das Neue an dieser intensiven Entwicklung der Weltwirtschaft des zwanzigsten Jahrhunderts aber ist, daß aus unterentwickelten, dichtbevölkerten Ländern des Ostens neue Industriekörper erwachsen. Soweit sie nicht mit Hilfe von Kapitalüberschüssen der alten Industrieländer entwickelt wurden, können sie nur mit autoritären Methoden die Sparquoten aus der eigenen Bevölkerung herausholen, die für den Industriebau erforderlich sind und die insbesondere in den ersten Stadien der Industrialisierung rigorosen Konsumverzicht verlangen. Hier liegt eine Chance für den Kommunismus in den Ländern, die in der liberalen Zeit nicht zur Entwicklung gekommen sind. Die sowjetische Industrialisierung ist das überragende Beispiel.

Wie jede erfolgreiche Industrialisierung hat die sowjetische an der agraren Basis angesetzt. Unter Kollektivierung der Landwirtschaft, die einer Rationalisierung gleichzusetzen ist, hat sie die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft herausgezogen und zu großen Produktionsumwegen in der Industrie eingesetzt, deren Produkte, namentlich im ersten Stadium des Industriebaus, wiederum der Rationalisierung der Landwirtschaft zugute gekommen sind. Unter beträchtlichen Reibungsverlusten hat sie sich schon im ersten Anlauf auf den Aufbau der Schwerindustrie geworfen, die im liberalen System erst auftritt, wenn die stahlverbrauchenden Industrien einen relativ großen Umfang angenommen haben. Im übrigen aber hat die sowjetische Industrialisierung mit dem eurasischen Raum nahezu die gleichen wirtschaftlichen Umformungen vorgenommen, die der liberale Kapitalismus im nordamerikanischen Raum vollzogen hat. Damit ist ein drittes industrielles Gravitationsfeld entstanden, das jedoch seine Peripherie weitgehend im eigenen Staatsraum gegen die beiden anderen Gravitationsfelder autarkistisch abgeschlossen hat. Auch der japanische Randkern hat sich weiterentwickelt, aber bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges nur ein Drittel der sowjetischen Rohstahlkapazität erreicht.

Es gibt nicht viele Länder und Regionen, die ähnliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. China gehört dazu, das typischerweise an der agraren Basis angesetzt hat und an die von Japan entwickelte mandchurische Schwerindustrie anknüpfen kann. Aus natürlichen und soziologischen Gründen sind die Chancen in In-

dien trotz seines großen Bevölkerungspotentials viel schlechter. Ähnliches gilt für Südostasien. In den meisten sogenannten Entwicklungsländern sind die Grundlagen für mehr als kleine industrielle Randkerne nicht gegeben. Werfen sie sich dennoch auf schwerindustrielle Projekte, dann schaden sie ihrer Entwicklung mehr, als daß sie ihr nützen. Was dem großen Sowjetreich unter großen Entbehrungen möglich war, ist ihnen verwehrt. Das schließt eine Industrialisierung keineswegs aus, aber sie reicht nur in den seltensten Fällen bis zur Kernbildung durch Aufbau einer Eisen- und Stahlindustrie. Das gilt sogar für die meisten Länder der westlichen Kolonisation, es sei denn, sie lassen in breitem Strom Einwanderer aus überbevölkerten Ländern herein. Davon ist in der Welt vorerst wenig zu merken. Selbst heute macht die Rohstahlproduktion sämtlicher Länder außerhalb von Nordamerika, Europa und der Sowjetunion nur 7% der Weltrohstahlproduktion, ohne Japan nur 3,5% ohne Japan und China nur 2,6% aus.

Dennoch steht das Problem der Entwicklungsländer im Mittelpunkt der strukturellen Probleme der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Ihre starke Bevölkerungszunahme, die vor allem durch die Senkung der Sterberate verursacht ist, zwingt zur Intensivierung der Landwirtschaft und zu industrieller Entwicklung. Es liegt im Interesse der industriellen Kernländer, diese Entwicklung zu fördern, weil sie den Kreislauf der Weltwirtschaft in ähnlicher Weise erweitert, wie es die Expansion der Weltwirtschaft im liberalen Jahrhundert getan hat. Dabei wird es sich in den seltensten Fällen um Industrien handeln, die von Anfang an mit hohen Exportquoten auf die Weltmärkte vordringen, wie es die asiatische Textilindustrie schon in der Expansionsperiode der Weltwirtschaft getan hat, sondern weit überwiegend zunächst um Industrien, die im regionalen Kreislauf das Realeinkommen vergrößern und zu zunehmender Einfuhr von Produktionsmitteln und dauerhaften Konsumgütern führen, dabei zugleich die Kernländer zu erweiterter Einfuhr von Rohstoffen aus den Randgebieten zwingen. Welche Industrien aufzubauen sind, hängt ganz von der natürlichen und kulturellen Ausstattung der Länder ab, es gibt kein allgemeingültiges Rezept für die Entwicklungsländer, es sei denn die allgemeine Regel, daß das Land sich, je kleiner es ist, um so mehr mit einer stufenweise durchzuführenden Industrialisierung bescheiden muß. Den Kernländern ermöglicht eine solche Industrialisierung eine verstärkte industrielle Spezialisierung und die Entwicklung immer wieder neuer Industrien aus ihrem vollentwickelten Industriekörper. Es gibt kein Ende für eine solche Entwicklung, solange der technische Fortschritt nicht erlahmt. Davon ist heute weniger zu bemerken denn je.

VON DER AUTOMATISCHEN ZUR GELENKTEN KONJUNKTUR
Die zweite große endogene Wandlung der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert ist der Übergang von der automatischen Regulierung der Weltwirtschaft durch den Wettbewerb unter der Herrschaft der Goldwährung zu der Lenkung durch die autonome Konjunktur-

und Währungspolitik der Staaten. Diese Wandlung ist zu einem beträchtlichen Teil durch das Ende der Expansion bedingt, ja, man kann geradezu sagen, daß das Ende der räumlichen Ausdehnung zum Zusammenbruch des Wettbewerbsautomatismus auch dann hätte führen müssen, wenn nicht andere endogene Entwicklungen hinzugekommen wären. Solange das Ventil der Auswanderung gegeben war, konnten sich die Umstellungen, die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich wurden, verhältnismäßig reibungslos vollziehen. Auch das Kapital fand im überseeischen Neuland leicht erfolgversprechende Anlagemöglichkeiten. Erst als Land zum Preise 0 nicht mehr verfügbar war, ergaben sich in zunehmendem Umfange Stockungen und Hemmungen, die sich der Wirksamkeit des Ausgleichsmechanismus entgegenstellten. Der harmonische Wettbewerb des liberalen Zeitalters entwickelte sich zum Kampf der Oligopole und zur Herrschaft der Monopole auf der Seite der Großbetriebe in Industrie und Verkehr, er entartete zur ruinösen Konkurrenz im Bereich der Kleinbetriebe von Handwerk und Landwirtschaft.

Am deutlichsten erkennen wir diese Entartung des liberalen Weltwirtschaftsmechanismus in der Verbilligung des Konjunkturzyklus. Im liberalen Jahrhundert sind die Konjunkturschwankungen nichts anderes gewesen als die Form des Wachstums der Wirtschaft der freien Konkurrenz, bei der die Depressionsphase die legitime Funktion erfüllte, die Wirtschaft von den in der Aufwärtsbewegung, namentlich im Bereich der Produktionsmittelindustrien, entstandenen Disproportionalitäten zu bereinigen und sie auf rückwärtigem Gleichgewicht zu sammeln, von wo aus sie sich wiederum zu neuem Aufschwung mit neuen höheren Höhepunkten entfaltet. In spätliberaler Zeit haben dagegen die Stockungen und Hemmungen, die den Anpassungsmechanismus der liberalen Marktwirtschaft zerstört haben, den Konjunkturbewegungen den Sinn genommen, den ihnen die einmaligen Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts verliehen hatten. An die Stelle normaler Depressionsphasen traten Dauerkrisen und Massenarbeitslosigkeit, die sich nur mit weitgehenden staatlichen Mitteln beheben lassen. Wir können aber die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung, ihre Irreversibilität, noch schärfer begründen, wenn wir sie aus dem Zyklus selbst erklären. Der Impuls, der die Wirtschaft aus der „Nachbarschaft des Gleichgewichts“ in Aufschwung führt, kommt nach Schumpeters Deutung aus den großen „innovations“, das sind Neukombinationen der Produktionsfaktoren; dabei kann es sich um die bloße Einführung neuer Produktionsmethoden in alten Industrien, aber auch um ganz neue Industrien handeln. Die stärksten Aufschwünge sind auf die elementaren Neuerungen zurückzuführen, wie die Dampfkraft, die Eisenbahn, die Elektrizität, die Chemie und den Motor. Seit der Jahrhundertwende können wir nun in zunehmendem Umfange bemerken, daß die Neueinführungen sich in der Form neuer Organisationen vollziehen. Es bilden sich große Konzerne oder

gar Monopole, die eine radikale Neuordnung durch Stilllegung von Betrieben und Neuverteilung der Produktion auf einzelne Zweigwerke vollziehen. Diese organisatorischen Innovationen zeigen sich in den USA schon in den ersten Konjunkturaufschwüngen unseres Jahrhunderts, in Deutschland besonders deutlich in den zwanziger Jahren. Damit hebt der Konjunkturzyklus in zunehmendem Ausmaß die Voraussetzungen seiner Wirksamkeit auf. Er verzehrt sich gleichsam selbst. Deutlicher kann der endogene Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in Erscheinung treten.

Diese Wandlungen haben sich in langfristiger Entwicklung vollzogen. Schon in den neunziger Jahren hat der Staat in England eine Großbank vor dem Konkurs geschützt, ein ganz und gar unliberales Verhalten. Schon die Krise von 1907 war nicht mehr modellgerecht. Schon Anfang der zwanziger Jahre handelten die Amerikaner nicht mehr nach den Spielregeln der Goldwährung, indem sie das ihnen zufließende Gold im Fort Knox thesaurierten. Der eigentliche Umbruch aber ist plötzlich gekommen, nämlich in der Katastrophenphase der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931. Die Weltwirtschaftskrise war zunächst ein rein konjunkturelles Phänomen. Auf einen ungewöhnlich starken Aufschwung, der von einer starken spekulativen Welle übersteigert war, folgte ganz modellgerecht ein starker Rückschlag, der im Oktober 1929 mit einem Sturz der Aktienkurse an der New Yorker Börse begann, sich 1930 in den USA ausbreitete, über die Rohstoffländer nach Europa drang und im Jahre 1931 zum Rückzug der kurzfristigen amerikanischen Gelder führte, der Deutschland im Juli zur Devisenbewirtschaftung und, was noch viel wichtiger war, England am 21. September 1931 zur Abwertung des Pfundes und Aufgabe des Goldstandards veranlaßte, den es 1798 eingeführt und nach Suspendierung während der Napoleonischen Kriege 1816 und nach Suspendierung während des ersten Weltkrieges 1925 wieder aufgerichtet hatte. Ein wahrhaft säkulares Ereignis!

Nun könnte man einwenden, dieser Zusammenbruch sei eine Folge der Reparationszahlungen und der interalliierten Kriegsschuldenregelung, also exogen bestimmt. In der Tat haben diese anomalen Kapitalbewegungen das Zinsniveau in Deutschland so stark gehoben, in den USA so stark gesenkt, daß sie eine Gegenbewegung kurzfristigen amerikanischen Leihkapitals induzierten, das zwei Probleme in einem Zuge löste, die deutschen Kapitalbeschaffungen und die Transferierung der Reparationszahlungen und in ihrem Gefolge die interalliierten Schuldenzahlungen. Der konjunkturelle Rückschlag deckte diese labile Struktur auf, führte zum Run auf die Gelder und stellte die deutsche Wirtschaft vor zwei unlösbare Probleme: die Liquidierung der Kapitalien und ihre Transferierung über den Zahlungsbilanzmechanismus. Vor ähnliche Probleme stellte der Rückzug auswärtigen Kapitals England. Zweifellos hat also die Schuldenregelung den Zusammenbruch herbeigeführt und

sich wie ein Riegel vor den neuen Aufschwung gelegt, die Depression also vertieft und verlängert. Zum mindesten hat sie die Zeittafel der Entwicklung bestimmt.

Dürfen wir sie aber deshalb als exogen betrachten? Ist nicht die Kommerzialisierung einer Kriegsschuld von Milliardenhöhe allein schon ein Ausdruck für die Abweichung von den Spielregeln der Goldwährung? Kein Wirtschaftspolitiker von echt liberaler Prägung hätte dem Goldwährungsmechanismus eine Regelung aufgebürdet, an der er zerbrechen müßte. Es gehörte zur hohen Kunst der liberalen Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft so wenig wie möglich zu stören. Noch der preußische Finanzminister Miquel hat in den neunziger Jahren einen Einkommensteuerhöchstsatz von 5% als gefährlich hoch bezeichnet. Es kann kein deutlicheres Zeichen für den grundlegenden Wandel geben. Die Reparationsregelung selbst ist nur ein Ausdruck mehr für den inneren Wandel, der sich in der Wirtschaft vollzog und der immer stärker vom Wettbewerb alten Stils fortgeführt hatte. Sie ist kein historischer Zufall, sondern in der Entwicklung der Wirtschaft selbst begründet. Die Weltwirtschaftskrise ist der Endpunkt einer langfristigen Entwicklung. Der konjunkturelle Umschwung löste Kräfte aus, die sich in langfristiger Entwicklung vorbereitet hatten. Aus der Krise im System wurde die Krise des Systems.

Nun darf allerdings nicht übersehen werden, daß schon vor den großen konjunkturpolitischen Maßnahmen die Konjunkturkurven wieder aufwärts wiesen, ein Zeichen dafür, daß die automatischen Kräfte noch wirksam waren, daß es sich also gewiß nicht um ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung Keynes'scher Prägung handelte, aus dem die Wirtschaft nur mit staatlichen Mitteln herausgeholt werden konnte. Aber dieser Aufschwung war viel zu langsam und besonders in den USA mit viel zu starken wiederholten Rückschlägen verbunden, als daß die Staaten nicht gezwungen gewesen wären, mit konjunkturpolitischen Mitteln einzugreifen. Selbst die sog. Goldblockländer, an ihrer Spitze Frankreich, haben erst an dem folgenden Aufschwung teilgenommen, als sie 1936 mit konjunkturpolitischen Maßnahmen begonnen hatten. Die USA haben zur Abwertung des Dollars sogar gegriffen, obgleich sie von der Zahlungsbilanz her in keiner Weise, wie etwa England, dazu gezwungen waren, ein neues deutliches Zeichen für die langfristig entwickelte Abkehr von den Spielregeln der liberalen Zeit. Obgleich alle Länder weiterhin der Goldwährung Lippendienst geleistet haben, hat kein einziges Land Schritte zur Wiedereinführung der Goldwährung alten Stils unternommen.

Das war auch gar nicht möglich. Die Politik ist ja nicht in einen intakten Mechanismus eingebrochen, sondern sie ist die Reaktion auf seinen Zusammenbruch. Je stärker aber die staatliche Konjunkturpolitik sich in der Folgezeit betätigte, desto weiter entfernte sie sich von dem alten konjunkturellen Automatismus. Der Konjunkturzyklus schwingt nicht unter

den staatlichen Eingriffen weiter, so daß die Konjunkturpolitik nur in die Wellentäler einzuhaken brauchte, sondern die Konjunkturpolitik wird mitwirkende Kraft des konjunkturellen Geschehens. Dazu tritt die zunehmende Betätigung des Staates in der Wirtschaft, und sei es nur durch die Sozial- und Finanzpolitik, als stabilisierender Faktor. Wie immer man die Fähigkeit der staatlichen Konjunkturpolitik einschätzen mag, auf jeden Fall hat sich der Rhythmus der kurzfristigen Bewegungen der Wirtschaft völlig geändert. An die Stelle stabiler Wechselkurse innerhalb der Goldpunkte mit schwankenden Preisniveaus sind staatlich bestimmte Preisniveaus getreten mit schwankenden Wechselkursen oder Devisenbewirtschaftung. An die Stelle zyklischer Schwankungen um ein Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung ist ein mehr oder minder stetiges Wachstum mit Vollbeschäftigung getreten.

Diese grundlegende Wendung im Mechanismus der Weltwirtschaft wird durch die konjunkturelle Entwicklung bestätigt. Zwar gab es 1937 in den USA noch einen schweren Rückschlag, aber er war nicht mehr modellgerecht. Schumpeter bezeichnet diesen Zyklus deshalb als „disappointing“. Wir möchten lieber sagen, er wäre enttäuschend gewesen, wenn er noch modellgerecht gewesen wäre. Aufrüstung und Krieg haben die regulären konjunkturellen Kräfte in der Folgezeit überdeckt. In der Nachkriegszeit hat es drei Rezessionen gegeben, aber keine ist mehr gewesen als eine Anpassung an kurzfristige Verschiebungen im Rahmen einer mehr oder minder autonom gesteuerten Konjunktur. Schon in den dreißiger Jahren waren die Konjunkturen der verschiedenen Länder nicht mehr synchronisiert. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die europäische Konjunktur so weit, wie es möglich ist, von der amerikanischen emanzipiert. Selbstverständlich wirkt sich jeder Rückschlag in einem großen Lande in irgendeiner Form auf die ganze Weltwirtschaft aus. Aber die industriellen Kernländer, die heute an den Schalthebeln der Konjunkturpolitik sitzen, so wie von ihnen früher die Triebkräfte des Konjunkturzyklus ausgingen, sind konjunkturpolitisch weitgehend voneinander unabhängig geworden. Auf jeden Fall finden wir in der Empirie keine Gegenbeweise und viele Anhaltspunkte dafür, daß das kurzfristige Wirtschaftsgeschehen sich in der Weltwirtschaft des zwanzigsten Jahrhunderts vollständig gewandelt hat.

VON DER LIBERALEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN INTEGRATION

Die dritte große Wandlung im weltwirtschaftlichen Geschehen folgt unmittelbar aus den beiden anderen. Es ist die grundlegend veränderte Haltung mit Bezug auf die Eingliederung der einzelnen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft. Bis zur Weltwirtschaftskrise von 1931 war der Weltwirtschaftsmechanismus nicht problematisch. Wer die internationale Arbeitsteilung fördern wollte, trat ein für die Beseitigung der Handelshemmnisse an den Grenzen. In

frühliberaler Zeit waren es nur die Zölle, die der Arbeitsteilung entgegenstanden. Die wirtschaftliche Integration der deutschen Staaten zum deutschen Zollverein, dem Vorläufer der Reichseinheit, erfolgte durch Aufhebung der Binnenzölle. Freihandel war die Parole in England zur Zeit der Aufhebung der Kornzölle in den vierziger Jahren, Freihandel die Tendenz der westeuropäischen Handelsverträge im Anschluß an den Cobden-Vertrag von 1860. Zwar gab es zu jeder Zeit eine Schutzzollpolitik, die die fällige Industrialisierung im Zuge des expansiven Wachstums der Weltwirtschaft förderte und den fälligen Abbau der Landwirtschaft hemmte, Freihandel blieb aber die anerkannte Maxime der Weltwirtschaft, und die Zollpolitik hat den räumlichen Aufbau der Weltwirtschaft nach ökonomischen Grundsätzen nicht entscheidend verzerrt.

Erst mit der langfristigen Entartung des Wettbewerbsautomatismus nimmt auch der Protektionismus zu. Trotz aller Freihandelsresolutionen der Wissenschaft und der internationalen Konferenzen machte die Abkehr vom Freihandel nach dem ersten Weltkrieg Fortschritte. Immer stärker traten neben den Zollschatz andere Hemmungen der internationalen Arbeitsteilung. Es macht für den Getreideimporteur keinen wesentlichen Unterschied, ob er durch Eingriffe an der Grenze gehemmt oder durch Eingriffe im Inneren, etwa eine Vermahlungsquote für inländisches Getreide, oder durch einen nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten betriebenen Staatshandel am Absatz seiner Produkte gehindert wird. Zölle werden in zunehmendem Umfange Mittel im Arsenal einer regulierenden Wirtschaftspolitik. Eine tiefe Zäsur aber brachte auch in dieser Hinsicht die Weltwirtschaftskrise. Dadurch, daß sie den Marktautomatismus grundsätzlich seiner internationalen Lenkungs-funktionen beraubte, nahm sie ihm zugleich die Möglichkeit, die internationale Arbeitsteilung zu sichern. Da diese Wandlung, wie wir gesehen haben, in der Entwicklung der Wirtschaft selbst begründet ist, gibt es auch in der Wirtschaftspolitik keine Rückkehr zum status quo ante. Selbst wenn die entscheidenden Staaten auf autonome Konjunkturpolitik und damit auf stetige Vollbeschäftigung verzichten würden, eine Annahme, die ganz und gar utopisch ist, könnte man nicht zu den liberalen Spielregeln zurückkehren, weil die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Man würde nicht mehr erreichen, als wiederum die Bedingungen einzuführen, die zu der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise geführt haben.

Unter diesen Umständen waren die Versuche der Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg, zu quasi-liberalen Ordnungen zurückzukehren, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die 1944 kreierte Währungsordnung von Bretton Woods, die uns den Internationalen Währungsfonds gebracht hat, entsprach weder den kurzfristigen noch den langfristigen Bedingungen der neuen Weltwirtschaft. So sehr wir die Existenz einer solchen internationalen Währungsinstanz be-

grüßen können, die Funktionen, die ihr zugedacht waren, hat sie nicht erfüllen können. Erst wenn auf anderen Wegen eine neue Währungsordnung gelungen ist, wird der Fonds in die zentrale Stellung einrücken können, die ihm zugedacht war. Die 1948 begründete Charta von Havanna vollends, die Liberalisierung und Vollbeschäftigung zugleich anstrebte, war so voller Kompromisse und Widersprüche, daß sie ihrer Aufgabe nicht hätte gerecht werden können. Sie ist nur von unbedeutenden Staaten ratifiziert und vom Kongreß der Vereinigten Staaten 1950 ad acta gelegt worden. Nur das General Agreement on Tariffs and Trade, das sog. GATT, ein Vorläufer der Havanna Charta, das 1947 in Genf begründet wurde, ist dadurch erfolgreich gewesen, daß es sich eine begrenzte Aufgabe gestellt hatte. In bilateralen Verträgen, die durch Anwendung der Meistbegünstigungsklausel eine multilaterale Auswirkung hatten, hat es wesentliche Zollsenkungen erreicht, ein nützlicher Beitrag zur Wiederherstellung der internationalen Arbeitsteilung, aber keine Lösung des Weltwirtschaftsproblems.

Eine solche Lösung könnte nur gefunden werden, wenn es möglich wäre, nicht nur die Liberalisierung und den Abbau der Zölle durchzusetzen, sondern die Maßnahmen der autonomen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik aufeinander abzustimmen. Der Abbau der Zölle ist schon deshalb nicht der wichtigste Schritt, weil Zölle in vielen Fällen geeignet sind, die Übergangsschwierigkeiten bei der Angleichung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu überwinden. Nun ist aber der Gedanke, eine solche Angleichung im globalen Rahmen durchzuführen, nicht minder utopisch wie eine Rückkehr zum Automatismus der liberalen Zeit. Mithin gibt es überhaupt keine globale Lösung durch ein einheitliches Ordnungsprinzip. Sie ist auch gar nicht erforderlich. Projiziert man nämlich den Einbruch der Staatsgrenzen in den weltwirtschaftlichen Zusammenhang, wie ihn die autonome Konjunkturpolitik in Verfolg der Weltwirtschaftskrise gebracht hat, auf das Raumbild der Weltwirtschaft, dann zeigt sich, daß sich im Bereich des amerikanischen und des sowjetischen Gravitationsfeldes wenig geändert hat. Hier vollzieht sich der dichte Austausch innerhalb der industriellen Kerngebiete und der Austausch der Kerngebiete mit zahlreichen Randkernen und Teilen der weltwirtschaftlichen Peripherie innerhalb riesiger Staatsräume wie bisher. Der Außenhandel spielt selbst in den USA nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle gegenüber den riesigen Umsätzen, die sich innerhalb des Staatsraumes vollziehen. In Europa aber gehen die Staatsgrenzen mitten durch den dichtesten Austausch innerhalb der industriellen Kerngebiete.

Hier liegt das entscheidende Problem, das die alte liberale Integration von der wirtschaftspolitischen Integration des 20. Jahrhunderts trennt. Es gibt überhaupt keine europäische Volkswirtschaft im Sinne eines mehr oder minder autonomen Systems, sondern

es gibt nur Glieder eines industriellen Gravitationsfeldes, deren Wirtschaften so eng miteinander verflochten sind wie die der amerikanischen Einzelstaaten auf dem amerikanischen Binnenmarkt. Es bietet sich also die regionale Lösung dort an, wo der Einbruch der Staatsgrenzen die größte Störung gebracht, wo er aber zugleich auch bei eng aufeinander angewiesenen Ländern am leichtesten überwunden werden kann. Es gilt, Europa die Stellung wiederzugeben, die die USA und die UdSSR überhaupt nicht verloren haben. Nicht der große Binnenmarkt an sich ist entscheidend, es gab ja in der liberalen Epoche für jedes Land, ob groß oder klein, den großen Weltmarkt. Entscheidend ist vielmehr der große Binnenmarkt unter den veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts. Mithin führt der Weg zur Neuordnung der Weltwirtschaft nicht von oben nach unten über die Einführung eines globalen Prinzips, sondern von unten nach oben über eine regionale europäische Ordnung.

Unter diesen Umständen ist es durchaus verständlich, daß die Versuche einer wirtschaftspolitischen europäischen Integration im Gegensatz zu den Versuchen einer liberalen globalen Integration erfolgreich gewesen sind, und es spricht für den realistischen Sinn der Amerikaner, daß sie in Widerspruch zu ihren globalen Versuchen die stärksten Vorkämpfer eines europäischen Regionalismus geworden sind. Während die Wunschzettel der europäischen Einzelstaaten an die Marshallplan-Hilfe zunächst noch partikularistische Exzesse waren, hat die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) schrittweise zur europäischen Zusammenarbeit geführt. Sie hat nicht nur durch ihren Liberalisierungskodex die quantitativen Restriktionen zwischen den europäischen Ländern weitgehend abgebaut, sie hat vor allem die Europäische Zahlungsunion (EZU) geschaffen, die die bilaterale Abrechnung und die Ziehungsrechte in eine multilaterale Abrechnung überführt und damit die Hemmnisse, die von der Währungsseite einer intereuropäischen Arbeitsteilung entgegenstanden, beseitigt hat. Zwar ist die EZU nur ein Abrechnungsmechanismus, kein Abrechnungs- und Lenkungsmechanismus zugleich wie die Goldwährung, die die Entstehung von Salden verhinderte. Immerhin ist mit der Europäischen Zahlungsunion ein wichtiger Ansatzpunkt zu internationaler Kooperation in konjunkturpolitischen Fragen geschaffen. Durch Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds könnte die EZU vielleicht eine Zwischenstufe zu einer Kooperation im Weltwährungsfonds bilden und damit die Idee von Lord Keynes Plan in modifizierter Form verwirklichen, der in Bretton Woods dem sterilen Plan von Harry Dexter White hatte weichen müssen.

Von der Produktionsseite aus ist die Montanunion der erste erfolgreiche Ansatz. Dieser Ansatz war zweckentsprechend, weil die Eisen- und Stahlindustrie, wie wir gesehen haben, raumbildende Kraft entwickelt; wenn sie ökonomisch geordnet ist, ist ein gro-

ßer Teil der verarbeitenden Industrie mitgeordnet. Sie ist ferner für das Wachstum der europäischen Wirtschaft wesentlich; je besser ihr Wachstum dem allgemeinen Wachstum angepaßt ist, desto ungestörter kann sich dieses entfalten. Schließlich ist sie von jeher eine monopolistisch geordnete Industrie gewesen, die sich den ordnenden Monopolersatzfunktionen einer Hohen Behörde anbietet. Eine Beschränkung auf die sechs Länder ist berechtigt, weil nur diese starke Verflechtungen im Sektor der Montanunion aufweisen. Um so bedenklicher ist die Erweiterung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es ist zwar notwendig, die Teilintegration zu einer Vollintegration zu entwickeln, wenn man das Problem der regionalen europäischen Integration lösen will, aber das Gebiet der sechs Länder ist für diesen Zweck viel zu klein. Der dichte innereuropäische Austausch reicht weit über sie hinaus. Es ist deshalb durchaus konsequent, daß dem Abschluß des EWG-Vertrages das Projekt der Freihandelszone unmittelbar folgte.

Dabei taucht nun aber wieder das Grundproblem des Unterschiedes zwischen der liberalen Integration des 19. und der wirtschaftspolitischen Integration des 20. Jahrhunderts auf. Es geht nicht allein um die Zölle, es geht vor allem um die Wirtschaftspolitik. Schon der EWG-Vertrag legt viel zu viel Gewicht auf die Zollunion, viel zu wenig auf die Wirtschaftsunion. Eine Freihandelszone löst das Problem nur, wenn sie von einer engen Kooperation auf dem Gebiete der Währungs- und Konjunkturpolitik begleitet ist. Sie müßte also die Kontakte weiterentwickeln, die durch die OEEC und die von ihr begründete EZU gewonnen sind. Würde gar die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft das Ende der Europäischen Zahlungsunion bedeuten, so würde eine Freihandelszone wenig, wenn überhaupt Nutzen stiften. Begrenzte Wirtschaftsunionen sind überhaupt schlechte Schrittmacher für umfassende Wirtschaftsunionen, weil sie ihre Glieder auf Ziele ausrichten, die von den Zielen des weiteren Zusammenschlusses so stark abweichen, daß sie ihnen geradezu abträglich wären. Auch hier zeigt sich der elementare Unterschied gegenüber der liberalen Zeit. Der Deutsche Zollverein konnte aus mehreren begrenzten Zollvereinen reibungslos zusammenwachsen, weil es nur um die Aufhebung von Zöllen ging, die dem Wettbewerbsmechanismus die volle Verwirklichung der internationalen Arbeitsteilung verwehrten. Heute geht es um die Wirtschaftspolitik.

Es ist nicht unsere Aufgabe, über das Grundsätzliche hinaus die vielen Einzelprobleme zu erörtern, die sich hinter diesem Fragenkomplex verbergen. Dabei denken wir nicht nur an die komplizierten Fragen des Ausgleichs zwischen den unterschiedlichen Außenzöllen der Mitglieder einer europäischen Freihandelszone, sondern vor allem auch an die Ausgleichsfunktionen, die die Zölle gegenüber ungleichen inneren Belastungen einzelner Wirtschaftszweige von Land zu Land zu erfüllen haben. Denn selbst bei weitge-

hender Angleichung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik bleiben unvermeidlich weitgehende Unterschiede in der wirtschaftspolitischen Belastung, die erst verschwinden würden, wenn es eine einheitliche europäische Wirtschaftspolitik geben würde, so wie es eine einheitliche amerikanische und eine einheitliche sowjetische Wirtschaftspolitik gibt. Wofür wir den Blick schärfen wollen, ist vielmehr die entscheidende Verschiebung des Problems, die sich aus dem

Zusammenbruch des liberalen Mechanismus ergeben hat, und die Erkenntnis, daß es sich um einen Prozeß handelt, der aus der wirtschaftlichen Entwicklung selbst erwachsen ist. Das Ziel liegt im Durchstoß nach vorn, nicht im Rückzug nach hinten. Nicht im Abbau der Autonomie zugunsten eines globalen Automatismus, sondern in der Überwindung der Autonomie durch die europäische Integration liegt die Lösung des Problems der Weltwirtschaft.

Summary: World - Economic Changes in the Twentieth Century. In his study the author attributes the essential changes of the world economic system to three endogenous factors. First the supersession of the expansive development of the world economy by the intensive development, which had been enforced by the pressure of an increasing population and the shortage of ground. On the other hand there is the transition from the automatic regulation of the economy by the market mechanism under the predominance of gold currencies to the control by the autonomous economic and currency policy of the states. When at the end of the expansion the safety-valve of emigration and the possibility of investments abroad were not available in the former extent, the competition mechanism of the liberal age developed into a struggle of oligarchic business organizations and ruinous competition. A fundamental change occurred when gold currencies were abandoned. In place of free adaptation by means of rhythmical economic cycles there appeared the state-controlled, autonomous policy as regards economic trends, which aims at full employment and a stable price level. The third factor decisive for the change in economic conditions in the world according to the author is the development from the liberal to the politico-economical integration. He considers the successful attempts at a politico-economical European integration to be a chance to create an European market area, resembling the U.S.A. or Soviet Russia. Inside this area the members of the industrial field of gravitation are interlaced by the density of exchange and united by an uniform, regulating European economic policy, which includes a cooperation of currency policy and policies as regards economic trends. The solution of the problems of world economy is not the gradual abolition of autonomy in favour of global automatism, but in the conquest of autonomy by European integration.

Résumé: L'évolution de l'économie mondiale au 20. siècle. — L'auteur explique par trois facteurs endogènes les changements fondamentaux de l'économie mondiale au 20. siècle. D'abord il s'agit de la relève de la phase expansive par la phase intensive du développement, en conséquence de la pression de la population et du manque de terres cultivables. Quant au régime de l'économie mondiale il s'agit ensuite de la relève du règlement automatique au moyen du mécanisme du marché basé sur l'étalon-or par le règlement au moyen de la politique de conjoncture et monétaire autonome des Etats. Comme en conséquence du fait que vers la fin de la phase expansive les possibilités offertes par l'émigration et les investissements à l'étranger ne suffisaient plus pour remplir leurs fonctions de soupape, il y avait ceci de nouveau: La compétition de l'ère du libéralisme dégénérerait en lutte des oligopoles et en concurrence acharnée. L'auteur met en relief ce changement fondamental que représente la relève des règles de jeu valables pour l'étalon-or: Le régime de l'ajustement libre aux cycles rythmiques de conjoncture fut remplacé par le régime du dirigisme nome. Les buts principaux de l'Etat: et d'une politique de conjoncture ample-emploi et stabilité des prix. Selon l'auteur le troisième facteur d'une importance décisive pour les changements fondamentaux de l'économie mondiale consiste dans la conception nouvelle l'intégration politico-économique remplaçant celle du libéralisme. L'auteur qualifie d'efforts fructueux les mesures déjà prises pour réaliser l'intégration économique de l'Europe susceptible d'aboutir dans un vaste marché commun européen. Semblable aux vastes marchés intérieurs des Etat-Unis et de l'URSS, une vaste région économique européenne serait viable. Ses traits caractéristiques: La co-opération des unités intégrantes de l'ensemble industriel sera fortifiée par la densité des échanges commerciaux, et elle sera facilitée par une politique économique commune exerçant une fonction régulatrice et veillant à une coordination de la politique de conjoncture et monétaire. La solution du problème de l'économie mondiale ne consiste pas dans l'abolition de l'autonomie nationale en faveur d'un automatisme global, mais dans la victoire de l'idée de l'intégration européenne sur celle de l'autonomie.

Resumen: Transformaciones de la economía mundial en el siglo 20. — En su investigación señala el autor que los cambios esenciales del sistema económico mundial son causados por tres factores endógenos. En primer lugar está la sustitución de la fase del desarrollo expansivo de la economía mundial por la fase del desarrollo intensivo, que es una consecuencia de la creciente presión del aumento de la población y del espacio reducido. Otro factor consiste en la transformación de la regulación automática de la economía mundial por medio del mecanismo del mercado bajo la soberanía del patrón oro, a la dirección por medio de la política de la conjuntura y de la política cambiaria de los estados. Al finalizar la fase expansiva, la inmigración ya no cumplía con su función de ventila y las posibilidades de inversiones de capital en el extranjero ya no eran tan amplias. Por éstas causas se desarrolló la competencia del mecanismo del liberalismo hacia una lucha por los oligopolios y hacia una competencia ruinosa. Con la renuncia a las reglas de juego del patrón oro tuvo lugar un cambio radical. El régimen de la adaptación libre en el ciclo rítmico de la conjuntura, es reemplazado por la conjuntura autónoma política dirigida por el estado, con el fin del alcanzar la plena ocupación y la estabilidad de precios. Como tercer factor decisivo de la transformación de la economía mundial señala el autor una nueva concepción de la integración político-económica que reemplaza a la concepción del liberalismo. Califica de fructuosos los experimentos hechos hasta ahora en relación con una integración político-económica europea, diciendo que éstos podrían finalizar con la formación de una región económica europea parecida a los grandes mercados internos de los Estados Unidos de Norteamérica y de la URSS. Esta región tendría tres características: la cooperación de los miembros integrados del complejo industrial que serían reforzados por una mayor densidad del intercambio comercial, que sería factible por medio de las facilidades que le serían concedidas con una política económica europea común que tenga una función de coordinación entre la política cambiaria y la política de la conjuntura. La solución del problema de la economía mundial no reside en la abolición de la autonomía nacional a favor de un automatismo global, sino en la victoria de la integración europea sobre la autonomía.